

Stadträtin Rykart will nichts von Demo-Verbot wissen

Die Haltungen zu Nahost-Kundgebungen gehen beim Kanton und bei der Stadt auseinander

MICHAEL VON LEDEBUR

Zürich wird am Samstag erneut zum Schauplatz von Demonstrationen. Unter dem Motto «Solidarität mit dem palästinensischen Volk» wird am späten Nachmittag durch die Innenstadt marschiert. Doch die Demonstration gerät im Vorfeld unter Druck. Dies in erster Linie aus Sicherheitsüberlegungen – aber nicht nur. Mario Fehr, kantonaler Sicherheitsdirektor, hält es für «fahrlässig», dass die Stadt Zürich den Anlass bewilligt hat, wie er im Interview mit der NZZ gesagt hat. In der derzeitigen, gefährlichen Lage seien Demonstrationen mit Palästina-Bezug nicht zu bewilligen, weil sie «rasch ausarten» könnten und «schwer kontrollierbar» seien.

In Bern wurde das, was Fehr für Zürich fordert, bereits umgesetzt: In der Innenstadt werden bis Weihnachten keine Grosskundgebungen und Umzüge mehr bewilligt. Erstens seien die öffentlichen Plätze schon stark genutzt, zweitens geschehe das aus Gründen der Sicherheit.

Skeptische Staatsrechtsexperten

Aber ist ein generelles, zeitlich nicht klar befristetes Verbot von Demonstrationen und Kundgebungen rechtlich überhaupt haltbar? Staatsrechtsexperten sind skeptisch.

Zwar könne ein Demonstrationsverbot durch die Behörden durchaus angezeigt sein, sagt Felix Uhlmann, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich. Nämlich dann, wenn eine Gefährdungslage bestehe. Ob dem so sei, könne man von aussen schwer beurteilen. Aber die Polizei müsse eine Einschränkung der Grundrechte sehr gut begründen können. Es müssten schon «Straftaten von einer gewissen Schwere» drohen, damit ein Demonstrationsverbot in einem konkreten Fall verhältnismässig sei. Ein generelles Verbot sei mit den Grundrechten kaum zu vereinbaren.

Uhlmann sagt, eine Beschwerde gegen ein solches Verbot hätte seiner



Demonstration zur Unterstützung der Palästinenser Ende Oktober in Zürich.

MICHAEL BUIJGELZER/KEYSTONE

Einschätzung nach gute Chancen vor Gericht, «natürlich immer im Lichte aller Umstände des Einzelfalles».

Andreas Stöckli, Staatsrechtsprofessor in Freiburg, sagt, die Lage sei zwar angespannt, aber die bisherigen Demonstrationen in der Schweiz seien im Prinzip friedlich geblieben. Er betont ebenfalls, dass eine Gefährdungslage konkret sein müsse, damit Einschränkungen gerechtfertigt seien – und dass ein pauschales Verbot derzeit kaum zu rechtfertigen sei. Rechtlich fragwürdig sei es auch, wenn die Behörden, wie in Bern, Fussballspiele oder Veranstaltungen wie den Zibelemärit höher gewichteten als politische Kundgebungen.

Der Zürcher Jurist Patrice Zumsteg hat seine Dissertation zum Umgang mit Kundgebungen geschrieben. Niemand will, dass eine Demo ausartet und zum Sicherheitsrisiko wird. Zumsteg findet aber: «Das heisst meines Erachtens nicht, dass Grundrechtseinschränkungen auf dem Sicherheitsgefühl beruhen dürfen.» Wichtig sei die Unterscheidung von Störung und Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sagt Zumsteg. «Werden Steine geworfen, ist dies eine Störung, und die Polizei muss einschreiten.» Doch worüber man jetzt diskutiere, sei Gefahr. Und da kommt auch Zumsteg zu dem Schluss: Es seien belastbare, konkrete

Hinweise notwendig, wenn die Behörden das Grundrecht auf Demonstrationen einschränken wollten.

Die städtische Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart gibt auf Anfrage eine Stellungnahme ab – und macht klar, dass sie von einem Demoverbot wie von Fehr gefordert nichts hält. Sie nehme selbst keine Einschätzung vor, wie gefährlich die Lage in Zürich bezüglich Demonstrationen sei.

Rykart schreibt weiter: «Die Stadtpolizei erhält aber die entsprechenden Informationen von den Nachrichtendiensten. Aus diesen Informationen geht bis jetzt nicht hervor, dass wir im Vergleich zu den letzten zwei Wochen

eine andere Lage hätten. Von der Sicherheit her sehe ich also derzeit keinen Grund, eine Demo nicht zu bewilligen.» Der Inhalt einer Demonstration – «ob sie nun pro Palästina oder pro Israel oder einfach für den Frieden in Nahost ist» – spiele für die Bewilligung ohnehin keine Rolle, sagt Rykart.

Beschwerde eingereicht

Widerstand gegen die Kundgebung vom Samstag gibt es allerdings auch von anderer Seite. Die Zürcher City-Vereinigung hat Rykart einen Brief geschrieben. Sie stört sich vor allem daran, dass am Samstag gleich zwei Demonstrationen in der Innenstadt bewilligt wurden. Vor der Palästina-Demo findet eine von kurdischen Organisationen statt.

Der Unmut bei den Geschäften und Dienstleistern im Zentrum sei gross, schreibt die City-Vereinigung. «Zudem handelt es sich besonders bei der Palästina-Demonstration um ein politisch aufgeladenes Thema, welches Eskalationspotenzial mit sich bringt. Das schreckt Menschen ab, nach Zürich zu kommen.»

Dass sich die Gewerbetreibenden an den vielen Demos in der Stadt stören, ist nicht neu – dass sie dies in einem offenen Brief zum Ausdruck bringen, hingegen schon. Ungewöhnlich ist zudem, dass gegen die Palästina-Demo zwei Beschwerden von Gewerbetreibenden beim Zürcher Stathalteramt eingegangen sind, wie der Stathalter Mathis Kläntchi bestätigt. Beschwerden dieser Art seien sehr aussergewöhnlich, sagt Kläntchi, er könne sich an keinen vergleichbaren Fall erinnern.

Die Beschwerdeführer wollen, dass der Stathalter aufsichtsrätlich einschreite. Dies werde er nicht tun, sagt Kläntchi. Die geltend gemachten Umsatzverluste böten für ein Einschreiten keine Grundlage. Er sehe weder eine Verletzung klaren Rechts noch eine Missachtung wesentlicher öffentlicher Interessen, wenn die Stadt Demonstrationen bewillige, deren Thema er übrigens nicht einmal kenne.

«Es hätte auch die Schweiz treffen können»

Die jüdische Gemeinschaft in Zürich gedenkt der Reichspogromnacht unter dem Eindruck des Terrorangriffs der Hamas

ISABEL HEUSSER

Die Polizei kontrolliert am Donnerstagabend genau, wer die Nüscherstrasse in der Stadt Zürich passiert. Streifenwagen sind vor der Synagoge parkiert, Polizisten in Zivil beobachten die Umgebung. Gegen 600 Personen kommen aus bedrückendem Anlass in der Synagoge zusammen: Sie gedenken der Reichspogromnacht vor 85 Jahren. In der Nacht auf den 10. November 1938 wurden in Nazi-Deutschland und Österreich Hunderte Jüdinnen und Juden getötet, Tausende festgenommen und in Konzentrationslager verschleppt. Jüdische Geschäfte, Wohnungen, Synagogen wurden zerstört.

Jacques Lande, Präsident der Israelischen Cultusgemeinde Zürich, sagt zur NZZ, die jüdische Gemeinschaft gedenke der Reichspogromnacht jedes Jahr. Doch dieses Jahr ist das Gedenken besonders – es findet unter dem Eindruck des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober statt. Dieser sei das schlimmste Ereignis seit dem Ende des Holocausts gewesen. «Wir sehen einen Zusammenhang», sagt Lande. «Man sagt immer «nie wieder» – und doch ist es wieder passiert.» In der Synagoge werden am Donnerstag sechs Kerzen angezündet zur Erinnerung an die sechs Millionen Jüdinnen und Juden, die im Zweiten Weltkrieg ermordet wurden. Eine siebte Kerze brennt im Gedenken an die 1300 Opfer der Attacke durch die Hamas. «So

ein einfaches, so ein klares Zeichen», wird die israelische Botschafterin Ifat Reshef später sichtlich berührt in einer Rede sagen. «Ich bekomme Gänsehaut, wenn ich diese Kerzen anschau.»

Klare Worte zur Hamas

Seit dem 7. Oktober ist es auch in Zürich öfter zu antisemitischen Vorfällen gekommen. Jacques Lande betont, man fühle sich in den Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen in der Stadt sicher. «Aber viele Privatleute berichten uns von Anfeindungen.» Sogar in Schulen würden jüdische Kinder drangsaliert. Trotz allem hält er fest: «Es stehen uns mehr Menschen bei, als sich Menschen antisemitisch betätigen.» Und an Solidaritätsveranstaltungen sei jeweils sehr viel nichtjüdisches Publikum dabei. Das spende Trost.

Denkt Lande an den 10. November 1938 zurück, ist für ihn klar: «Die Schweiz ist damals zwar verschont geblieben. Aber es hätte auch sie treffen können.» Viele der Synagogen, die vor 85 Jahren in Deutschland angezündet wurden, hätten von der Architektur her derjenigen an der Löwenstrasse Zürich geglichen. «Deshalb fühlen wir uns sehr verbunden.»

An der Gedenkveranstaltung in Zürich nehmen auch Kirchenvertreter und Parlamentarier aus der Stadt und dem Kanton Zürich teil sowie Regierungsrätin Jacqueline Fehr und Stadtpräsidentin Corine Mauch. In einer

Rede spricht Mauch ihre Anteilnahme mit der jüdischen Gemeinschaft aus und geht auf den Antisemitismus ein, den es auch in Zürich gebe und gegeben habe. Zurzeit werde in Zürich engagiert über den Waffenfabrikanten Emil Bührle und seine Kunstsammlung gestritten. «Bührle konnte diese nur aufbauen, weil er mit dem NSDAP-Regime gute Geschäfte gemacht hatte und dann von der Verfolgung jüdischer Menschen profitierte.» Sie bedauere, dass der Fokus bei der Präsentation der Sammlung im Kunsthaus erst seit kurzem verstärkt auch auf dem Schicksal der Vorbesitzer der Bilder liege: «Das späte Handeln im Kunsthaus war rückblickend ein Fehler. Ein Fehler, für den auch ich eine Mitverantwortung trage.»

Zur Hamas findet sie klare Worte: «Die Hamas kämpft nicht für Freiheit. Sie kämpft nicht für Gerechtigkeit und nicht für Solidarität. All das, was uns eint, will die Hamas nicht. Sie ist totalitär, zutiefst rassistisch und sexistisch.»

Die Botschafterin Ifat Reshef sagt zur NZZ, für sie sei es immer wichtig, mit den jüdischen Gemeinden der Reichspogromnacht zu gedenken, «da wir gemeinsam den Kampf gegen Antisemitismus fortsetzen». Die diesjährige Gedenkfeier habe für sie jedoch eine besondere Bedeutung, weil sie in erschreckender Weise mit dem zu tun habe, womit Israel in diesen Tagen konfrontiert sei. «Die «Kristallnacht» war

der schreckliche Auftakt für die entsetzlichen Greuelthaten des darauf folgenden Holocaust – und die Welt hat nicht entschlossen genug gehandelt, um die Juden Europas und die anderen Opfer der Nazis vor ihrem schrecklichen Schicksal zu bewahren», sagt sie.

«Ein Weckruf»

Heute gebe es einen starken und unabhängigen Staat Israel, der die Hamas bekämpfen und sein Volk schützen würde. Das Massaker vom 7. Oktober sei aber auch ein moderner Weckruf für die internationale Gemeinschaft, die diesmal ihrer Verantwortung gerecht werden müsse. Israels Krieg gegen die Hamas müsse die volle Unterstützung der relevanten Plattformen und Organisationen der Vereinten Nationen erhalten. Und die Länder weltweit müssten ihren Verpflichtungen im Kampf gegen Terrorismus, Aufhetzung und Antisemitismus nachkommen und alle ihre Bürger schützen.

«Dass ich mich heute Abend den jüdischen Gemeinden anschliesse, bedeutet mir sehr viel», sagt Reshef. «Wir trauern um unsere gemeinsame tragische Vergangenheit, wir feiern die Erregenschaften des blühenden Staates Israel und der jüdischen Gemeinden weltweit, und wir geloben, zusammenzuarbeiten, um die sichere Zukunft des jüdischen Volkes zu gewährleisten – wo immer es sich befindet.»

Auto kollidiert in Zollikerberg mit Forchbahn

Die Lenkerin des Personewagens verletzt sich leicht

Am Donnerstagmorgen ist es in Zollikerberg zu einem Unfall zwischen einem Personewagen und der Forchbahn gekommen. Das Unglück führte zu einem grosseren Rückstau auf der Forchstrasse. Um 7 Uhr 20 fuhr eine 33-jährige Personewagenlenkerin auf der Forchstrasse Richtung Zürich. Als sie über das Zugtrasse in die Trichtenhauserstrasse abbiegen wollte, kam es zur Kollision mit der in Richtung Zürich fahrenden Forchbahn.

Durch den Zusammenstoss wurde der Personewagen auf die Seite gedreht. Die Lenkerin zog sich dabei leichte Verletzungen zu. Sie wurde durch die Berufsfeuerwehr von Schutz und Rettung geborgen und ins Spital gebracht. Ein ebenfalls im Auto anwesender Hund wurde mit unbestimmten Verletzungen durch den Tierrettungsdienst abgeholt. Der Unfall sowie auch die «Neugierde der vorbeifahrenden Autofahrer» hätten zu einem grosseren Rückstau geführt, heisst in der Mitteilung der Kantonspolizei.

Da die Forchbahn wegen der Kollision vorübergehend unterbrochen war, mussten die Passagiere die Strecke zwischen den Stationen Zollikerberg Spital und Waldburg während rund einer Stunde zu Fuss zurücklegen.